

An den Vorsitzenden des Untersuchungsausschuss 7/3,
Herr Raymond Walk

Antrag der Mitglieder des Untersuchungsausschusses der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Landesregierung wird ersucht, dem Untersuchungsausschuss 7/3 und seinen Mitgliedern zu Ziffer I Nr. 4,5,6,7,8,9,10,11 und 13 des Einsetzungsbeschlusses gemäß § 14 UAG

Strategiepapiere, Konzepte, Analysen und Dienstanweisungen

der Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamtes,
der Staatsschutzeinheiten der einzelnen Landespolizeiinspektionen,
des Staatsschutz und für Rechtsextremismus zuständige Organisationseinheiten der Landespolizeidirektion,
des Staatsschutz und für Rechtsextremismus zuständige Organisationseinheiten der Thüringer Innenministeriums und
des Landesamtes für Verfassungsschutz bzw. Amtes für Verfassungsschutz

der Jahre 2011 bis 2021, die für die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen und politisch motivierter Gewalt im Phänomenbereich PMK-rechts handlungsleitend waren oder sind,

zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Der Untersuchungsausschuss 7/3 ist zur Aufklärung der in I des Landtagsbeschluss 7/3841 formulierten Untersuchungsgegenstände angehalten, die benannten Aktenbestände beizuziehen, um diese im Rahmen seiner Beweiserhebung zu würdigen.

Auftrag des Untersuchungsausschusses ist insbesondere aufzuklären, ob und in welchem Umfang Sicherheitsbehörden sich in den vergangenen zehn Jahren um Erkenntnisse bemüht haben, ob und inwieweit für die jeweiligen Phänomenbereiche szenetypische Strukturen politische Gewaltkriminalität direkt oder indirekt gefördert und die Aufklärung derartiger Straftaten verhindert haben.

Die im Beweisantrag benannten Strategiepapiere, Konzepte, Analysen und Dienstanweisungen geben Aufschluss darüber, auf Grundlage welcher Erkenntnisse und

Ansätze die Thüringer Sicherheitsbehörden gegen für die rechtsextreme Szene typische Strukturen vorgegangen ist.

Katharina König-Preuss

Denny Möller

Madeleine Henfling

Christian Schaft

Sascha Bilay